

Berliner Tageblatt

Nr. 442

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 21. September 1927

Druck und Verlag von Rudolf Moll in Berlin.

Deutsch-französische Einigung in Genf.

Deutschnationale Parteinode.

Was hinter den Kulissen des Königsberger Parteitags verhandelt wird.

Von X. Y. Z.

Der Verfasser, Angehöriger des höheren Adels, aber entschiedener Gegner heutiger deutschnationaler Parteipolitik, hat auf Grund seiner Stellung und seines Standes näheren Einblick in die deutschnationalen Parteiverhältnisse. Seine Schilderung stellt unter Anführung zahlreicher und organisatorischer Einzelheiten, für deren Richtigkeit wir ihm die Verantwortung überlassen müssen, eine weitere Bestätigung der nicht mehr neuen Erkenntnis dar, daß das mehrfache Doppelspiel der Deutschnationalen von Regierung und Parlament und außerhalb in der Parteiorganisation die gebührenden schlimmen Früchte trägt.

Die Redaktion.

Gestern begann in Königsberg der diesjährige Parteitag der stärksten Partei der gegenwärtigen Regierungskoalition im Reich, der deutschnationalen Parteileitung hat Königsberg aus diplomatischen Gründen als Tagungsort gewählt. Zunächst, weil Königsberg, als die Hauptstadt der überwiegend reaktionär eingestellten Provinz Ostpreußen, ein trefflicher Reaktionsboden für eine demonstrative und zum Aufstacheln der Parteimitglieder zu werden verspricht, und zum anderen, weil man damit rechnete, daß von den Teilnehmern der Tannenbergsfeier, die durch die einseitig rechtspolitische Art ihrer ganzen Organisierung ohnehin wie ein Aufstacheln zum Parteitag wirkte, ein besonders starker Zug zu erwarten sei. Dazu kommen die Fahrt durch den polnischen Korridor und die Nachwirkung des Hindenburg-Besuchs, die man gleichfalls stimmungsmäßig ausschlagen wird, und so glaubt man genügend für die „nationale, patriotische“ Atmosphäre gesorgt zu haben, die mit dazu dienen soll, der Parteitagsführung die Erschienenen nach außen hin einflussvoll und imponierend zu gestalten. Denn das hält man „oben“ für unbedingt nötig, weil es gilt, die zahlreichen Risse zu überkleistern, die sich im schwarzweißen Parteiumfeld zeigen, und weil es gilt, die schwere Krise im Laufe der letzten Jahre schon chronisch geworden ist. Aber sie ist infolge neuer Krankheitsherde immer bedrohlicher geworden, und sie resultiert — ähnlich wie beim Zentrum — aus der verschiedenen politischen Einstellung des rechten und des linken Parteiflügels. Diese Krise zeigte sich zum erstenmal deutlicher bei der Abstimmung über das Dawes-Gesetz, und sie hat sich dann in vielen Fällen immer wieder manifestiert. Der geschäftliche linke Parteiflügel wird durch die politischen Ereignisse des November 1918 entstandenen Sechstage Rechnung tragen, tritt für die positive Mitarbeit im neuen Staate ein und trachtet, auf Ministerposten und durch Besetzung einflussreicher Stellen in den Ländern und im Reich, nach einem möglichst großen Einfluß auf die Reichspolitik. Der zahlenmäßig stärkere rechte Flügel, der vornehmlich von den Konservativen unter Führung des Grafen Seidlitz-Sandreckt gebildet wird, ist, wie seine Erklärungen in der „Kreuzzeitung“ ergeben haben, gegen eine solche Mitarbeit in der Regierung und fordert unbedingte Oppositionsstellung. Diese Streitfrage muß jetzt in Königsberg nach allem, was man hört, zu lebhaften Auseinandersetzungen führen, — nicht minder auch der Gelehrte Flaggenerlaß. Auch die Tatsache, daß man mit der Leitung der Partei, soweit sie von der Hauptgeschäftsstelle in der Breslauer Straße geführt wird, in den weitesten Kreisen der Anhängererschaft höchst unzufrieden ist, dürfte hinter verschlossenen Türen eingehende Erörterung zur Folge haben.

In den Kreisen der Geldgeber aus der Großindustrie ist man verstimmt über die gewissenlose Art, in der die für die Wahlagitiation gegebenen Gelder durch eine ungeheure Flut von Agitationen und Flugzetteln und Plakaten vergeudet worden sind. Auf vielen Parteibureaus finden sich heute noch ganze Stöße von Plakaten und Flugzetteln, mit denen die örtlichen Organisationen von der Hauptgeschäftsstelle der Partei feierzeitlich flinkulartig überschwenkt wurden, und die man beim besten Willen nicht einsetzen verbrauchte konnte, so daß sie heute als Packpapier und sogar zu noch nützlicheren Zwecken verwendet werden müssen, ohne daß der Bestand ein Ende nähme.

Man wird sich weiterhin hinter den Kulissen recht eingehend damit beschäftigen, wie die nicht mehr zu leugnenden Massenaustritte aus der Partei einzudämmen sind. So sei unter vielen anderen Fällen nur erwähnt, daß in Breslau im Sommer und Herbst 1926 und im letzten Winter allmonatlich keine Eintrittsliste, wohl aber 200, 300, 180 Austritte aus der Partei erfolgten. Verhängnisvoller ist aber noch der Umstand, daß eine recht erhebliche Anzahl der Größen, die das peruanische Küdgrat der Partei darstellen, der Partei den Rücken gekehrt hat, so ein Kommerzienrat, der im Interesse der Partei feierzeit den Bismarck-Stift mit finanziert hatte, ein bekannter angesehener Bankier in Breslau der Generaldirektor eines der reichsten schlesischen Magnaten, dieser Magnat selbst und andere mehr.

Eine weitere recht große Sorge, die zu ersten Auseinandersetzungen führen wird, bilden die vielen Klagen aus dem Lager der deutschnationalen Katholiken und deren Austritte aus der Partei. Als das Zentrum 1918 den Kurs des Parteischiffes mehr nach rechts (links) hielt, weil es

setzung dieses Erfolges ist, daß jeder Staat hinsichtlich seiner Sicherheit nicht nur auf seine Rüstungen, sondern auch auf die Wirksamkeit des Völkerbundes zählen könne. Sie empfiehlt die Entwicklung des Schiedsgerichtsgedankens mittels Sonderabkommen und allgemeiner Abkommen auch mit Nichtmitgliedstaaten. Sie erinnert an die Resolution der letzten Versammlung (die im Antrag Bernstorff wiedergegeben ist) und bittet den Rat, die Vorbereitungsarbeiten und die Einberufung der Abrüstungskonferenz zu beschleunigen. Sie bittet ferner den Rat — diese Bestimmung ist nicht neu — der vorbereitenden Kommission, deren Aufgaben darf und deren Arbeit bis zur Verwirklichung dieses Ziels fortbauern müsse, die nötigen Weisungen zu erteilen, damit unzerzagt ein Komitee, aus allen im vorbereitenden Ausschuss vertretenen Völkerbundstaaten eingesetzt wird. Dieses Komitee soll zur Verfügung des Ausschusses stehen und das Studium der Vorschläge betreiben, durch die allen Staaten die nötigen Schiedsgerichts- und Sicherheitsgarantien gegeben werden können, damit sie in einem Abrüstungsabkommen ihre Rüstungsziffern möglichst niedrig festlegen können.

Ferner soll die Versammlung zum Ausdruck bringen, daß der Völkerbund an der Herbeiführung allgemeiner Abkommen in sowie der Verbindung der einzelnen und kollektiven Abkommen betreffs Schiedsgericht und Sicherheit arbeiten könne, sowie an der Vorbereitung der Mittel, durch die der Völkerbund die Mitglieder in die Lage setzen kann, ihre Verpflichtungen durchzuführen. Ferner soll den Völkerbundstaaten gestattet werden, Vereinbarungen abzuschließen mit dem Ziel, ihre Verpflichtungen der mehr oder weniger großen Solidarität anzupassen, die sie mit anderen Staaten verbinden. Weiter soll der Rat die Mitgliederstaaten auffordern, ihm mitzuteilen, welche Maßnahmen sie zur Unterstützung der Ratsbeschlüsse bei Konflikten in bestimmten Gegenden ergreifen wollen, und in welchem Maße sie ihre Streitkräfte zur Verfügung stellen wollen.

Zahlen vom Genfer See.

Das „zweite Thoiry“. — Bernstorffs „Aglauer Plan“.

(Telegramm unserer Korrespondenten.)

In einigen Blättern ist das Frühstück, das Briand am Montag bei Stresemann eingenommen hat, als ein neues Thoiry bezeichnet worden. Hierzu bemerkt Marcel Ray im „Genevois“, er könne aufs Bestimmteste versichern, daß dieses kurze Besamensein zwischen zwei Kastellungen kein anderes Ergebnis befriedigender Beziehungen zwischen den beiden Delegationen. Es ist kein Wort von Politik gesprochen worden. Briand und Stresemann hätten im Verlauf dieser Tagung mehrfach Gelegenheit gehabt, sich über Locarno oder Völkerbundsfragen zu unterhalten.

Paris, 21. September

Die Genfer Berichterstatter einiger Pariser Blätter sprechen von einem schlaunen Plan, den Graf Bernstorff haben soll. Er habe nur deshalb den polnischen Vorschlag zugestimmt, um mit größerem Nachdruck die allgemeine Abrüstung verlangen zu können. Wenn dieses Verlangen sich als undurchführbar erweisen sollte, wie Deutschland bestimmt glaubt, werde Graf Bernstorff erklären, diese Bestimmung des Versailles Vertrags sei jetzt als hinfallig erwiesen und Deutschland müsse deshalb die Freiheit zur Vervollständigung seiner eigenen Rüstung erhalten. Diese „Enthüllung“ findet sich im „Echo de Paris“, im „Homme libre“ und in einigen anderen Blättern. Die „Volonte“ warnt vor diesem Experiment, das ein gefährliches diplomatisches Manöver sein würde. Die Rede von Tannenbergs sei schon ungeschickt gewesen, aber ein Anspruch des Reiches auf neue Rüstungen würde der ganzen Politik von Locarno ein schnelles Ende bereiten.

Eine Katowski-Sensation.

„Matin“ meldet offiziell Verlangen nach Aberufung.

(Telegramm unserer Korrespondenten.)

Paris, 21. September.

Der „Matin“ teilt heute mit, daß bereits am Sonnabend Abend vom Ministerium des Äußeren die Aberufung des Vorschalters Katowski offiziell als die erste Voraussetzung für die Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt bezeichnet worden sei. Da in keiner anderen Zeitung etwas über diesen Schritt des Quai d'Orsay angegeben wird, und da überdies die Form der von „Matin“ wiedergegebenen amtlichen Äußerungen den diplomatischen Gebräuchen wenig entspricht, muß dem „Matin“ zunächst die volle Verantwortung für diese sensationell aufgearbeitete Nachricht überlassen bleiben. Danach habe bereits am Sonnabend das Ministerium des Äußeren dem Vorschalters Jean Herbette in Moskau den Auftrag gegeben, dem Vorkommissar Tschichserin den Sinn des nach dem Ministerium im Rambouillet ausgegebenen Communiqués zu erklären, und zwar sollen seitens der französischen Regierung drei Voraussetzungen unerlässlich sein, um den russischen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes in Erwägung zu ziehen. Zunächst müsse man in Russland davon überzeugt sein, daß es für Frankreich unmöglich ist, über irgendeine Angelegenheit mit Herrn Katowski zu verhandeln, der in der

öffentliche Meinung diskreditiert sei. Sodann müsse Russland Garantien dafür geben, daß hinfort die am 29. September 1924 eingegangene Verpflichtung Russlands zur unbedingten Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs aufs genaueste eingehalten würde. Die Garantie hierfür würde in entsprechenden amtlichen genauen Anweisungen an alle Beamten der Sowjetregierung und der dritten Internationale gesehen werden. Endlich bestesse noch die Frage der Schuldenerregulierung. Hier erwarte man in Frankreich genaue und unumkehrliche Vorschläge, die die Möglichkeit gäben, politische Verhandlungen einzuleiten.

An Quai d'Orsay wird hierzu erklärt, daß die Angaben des „Matin“ von keiner offiziellen oder offiziellen Quelle ausgehen und daß sie deshalb als „ungenau“ betrachtet werden müssen. Dieser Erklärung läßt sich als verbindlicher Eindruck hinzufügen, daß der sachliche Inhalt der Meldung des „Matin“ in der Hauptsache ungenau richtig zu sein scheint. Die Form der Äußerungen, welche der Vorkommissar Herbette erhalten hat, ist allerdings von der Zeitung oder von ihrem unbefamten Gewährsmann hart vergrößert worden.

O London, 21. September. (Privat-Telegramm.) Bei Schanghai ist es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen zweier nationalchinesischer Generale gekommen in dessen Verlauf hundert Soldaten getötet und verletzt wurden.

Das Protokoll ist tot!

Ein neues deutsch-französisches Programm für Abrüstung und Sicherheit.

(Telegramm unserer Korrespondenten.)

Genf, 21. September.

Heute vormittag 9 Uhr 30 Minuten trat der vom dritten Ausschuss eingeleitete Interkommissschuss zusammen, der, wie bereits mitgeteilt, die Aufgabe hatte, für die von Graf Bernstorff und von Paul-Boncour eingebrachten Entschlüsse einen gemeinsamen Text zu finden. Der deutsche Standpunkt, wie ihn Graf Bernstorff im dritten Ausschuss wiederholt dargelegt und in seiner Entschlüsse zum Ausdruck gebracht hatte, geht bekanntlich dahin, daß die weiteren Vorbereitungsarbeiten für die Abrüstungskonferenz unter allen Umständen auf der Grundlage des Beschlusses der letzten Versammlung, d. h. nach dem Stand der gegenwärtigen Sicherheitsverhältnisse, geführt werden müssen, und daß auch die Abrüstungsarbeiten auf dieser Basis arbeiten soll. Von französischer Seite war bekanntlich verjährt worden, die Sicherheitsfrage in das Programm der weiteren Abrüstungsvorbereitungen einzubeziehen und die Aufgaben der Vorbereitungs-kommission auch mit der Behandlung dieser Frage zu betrauen. Die Absicht dabei war, die Vorbereitung der Abrüstung vom Fortschritt der Sicherheitsgarantien innerlich abhängig zu machen. Die Verhandlungen haben nun zu einem Kompromiß geführt, für das der Redaktionsausschuss einen vorläufigen Text ausgearbeitet hat, der heute vormittag noch vom Interkommissschuss der dritten Kommission beraten wird. Grundtätlich ist dabei der deutsche Standpunkt aufrechterhalten worden, daß die Arbeiten der Sicherheitsvorbereitung auf der Grundlage der Sicherheit weitergeführt werden sollen. Die französische Delegation hat, wie ich erfuhr, in Anerkennung des deutschen Standpunktes zugegeben, daß diese Vorbereitungsarbeiten auf der Basis der gegenwärtigen Sicherheit weitergeführt werden. Die deutsche Delegation hat das Zugeländnis gemacht, daß man in gleichlaufender Verhandlung verstanden wird, für das Sicherheitsproblem weitere Lösungen zu finden. Damit ist ein Programm gleichzeitig für die gegenwärtige und zukünftige Arbeit gemeinsam festgelegt worden.

Das Genfer Protokoll ist somit erst durch das neue Programm, das mit Zustimmung Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens aufgestellt wird.

Für die Gegenwart in der Abrüstungsvorbereitung gelten, wie bisher, die in der deutschen Entschlüsse niedergelegten Grundzüge. Parallel damit soll die Arbeit am Sicherheitsproblem einsehen. Für das Studium der Sicherheitsfrage wird ein besonderer Ausschuss eingesetzt, und zwar nominell durch die vorbereitende Kommission, in Wirklichkeit aber durch die Regierung an, denn die Mitglieder der vorbereitenden Kommission sind ja als Vertreter ihrer Regierungen tätig, und selbstverständlich ist in der neuen Kommission auch Deutschland vertreten. Im Laufe der bisherigen Verhandlung ist von britischer Seite der Vorschlag gemacht, daß die Staaten selbst das Ausmaß ihrer Verpflichtungen feststellen sollten. Die offizielle Bekanntgabe der endgültigen Entschlüsse ist kaum vor morgen zu erwarten. Wie ich höre, hat bei den heutigen Beratungen Paul-Boncour mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß große Zugeländnisse er gemacht habe.

Die vorbereitende Abrüstungskommission wird ebenso wie die neue Kommission für die Sicherheitsfrage im November zusammengetreten. Es besteht die Absicht, die internationale Abrüstungskonferenz in nächsten Jahre einzuberufen. Die Abrüstungsdebatte wird wahrscheinlich nächsten Montag in der Versammlung stattfinden, wobei, wie bereits erwähnt, Stresemann den Standpunkt Deutschlands noch einmal eingehend darlegen wird.

Über den Inhalt des neuen Textes erfahre ich folgendes: Die Versammlung nimmt zunächst Kenntnis von den durch den vorbereitenden Ausschuss erzielten technischen Fortschritten hinsichtlich des Zusammentritts des Rats in Krisenfällen und wünscht die politischen Bedingungen zu verwirklichen, die den Erfolg der Abrüstungsarbeiten sichern. Sie ist überzeugt davon, daß die Voraus-

setzung dieses Erfolges ist, daß jeder Staat hinsichtlich seiner Sicherheit nicht nur auf seine Rüstungen, sondern auch auf die Wirksamkeit des Völkerbundes zählen könne. Sie empfiehlt die Entwicklung des Schiedsgerichtsgedankens mittels Sonderabkommen und allgemeiner Abkommen auch mit Nichtmitgliedstaaten. Sie erinnert an die Resolution der letzten Versammlung (die im Antrag Bernstorff wiedergegeben ist) und bittet den Rat, die Vorbereitungsarbeiten und die Einberufung der Abrüstungskonferenz zu beschleunigen. Sie bittet ferner den Rat — diese Bestimmung ist nicht neu — der vorbereitenden Kommission, deren Aufgaben darf und deren Arbeit bis zur Verwirklichung dieses Ziels fortbauern müsse, die nötigen Weisungen zu erteilen, damit unzerzagt ein Komitee, aus allen im vorbereitenden Ausschuss vertretenen Völkerbundstaaten eingesetzt wird. Dieses Komitee soll zur Verfügung des Ausschusses stehen und das Studium der Vorschläge betreiben, durch die allen Staaten die nötigen Schiedsgerichts- und Sicherheitsgarantien gegeben werden können, damit sie in einem Abrüstungsabkommen ihre Rüstungsziffern möglichst niedrig festlegen können.